



26. Mai 2022

## Kuba: Inhaftierte Künstler freilassen

*Anklage verletzt Meinungs- und Vereinigungsfreiheit*

Die kubanische Regierung sollte die Künstler Maykel Castillo Pérez und Luis Manuel Otero Alcántara, die ab **dem 30. Mai 2022** vor Gericht stehen, sofort und bedingungslos freilassen, erklärten **Amnesty International und Human Rights Watch** heute. Besorgte Regierungen, insbesondere aus Lateinamerika und Europa, sollten den Prozess beobachten und die Freilassung der Künstler fordern.

**Otero Alcántara**, ein bildender Künstler, und **Castillo Pérez**, ein Rap-Sänger, der auch unter seinem Künstlernamen "Osorbo" bekannt ist, befinden sich seit fast einem Jahr in Untersuchungshaft. Ein Staatsanwalt hat beantragt, sie wegen ihrer Teilnahme an einer friedlichen Demonstration und einer künstlerischen Darbietung sowie wegen ihrer Kritik an Präsident Miguel Díaz-Canel zu **sieben bzw. zehn Jahren Haft zu verurteilen**.

***"Maykel Castillo Pérez und Luis Manuel Otero Alcántara werden strafrechtlich verfolgt, weil sie von ihrem Menschenrecht Gebrauch gemacht haben, ihre eigene Regierung zu kritisieren"***

sagte Tamara Taraciuk Broner, stellvertretende Amerika-Direktorin bei Human Rights Watch. "Lateinamerikanische Regierungen sollten nicht schweigen, wenn Künstler mit Gefängnis bedroht werden, weil sie ihre Meinung äußern - eine extreme Intoleranz, die typisch für brutale Diktaturen in der Vergangenheit der Region ist."

***"Die Regierungen in Amerika und Europa sollten den Prozess gegen diese politischen Gefangenen in Kuba genau beobachten, die niemals einen Tag im Gefängnis hätten verbringen dürfen"***

sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International. "In einem Land, in dem mehr als 700 Menschen, darunter auch einige Kinder unter 18 Jahren, inhaftiert sind, nur weil sie

ihre Meinung geäußert haben, ist es von größter Bedeutung, dass diese Prozesse einer internationalen Kontrolle unterzogen werden."

Otero Alcántara, Mitglied der San Isidro-Bewegung, die sich gegen die Zensur der Regierung wendet, wurde am 11. Juli 2021 verhaftet, nachdem er ein Video veröffentlicht hatte, in dem er erklärte, dass er sich an diesem Tag an den friedlichen Protesten auf der ganzen Insel beteiligen würde. Mehr als 700 Personen, die während der Demonstration festgenommen wurden, befinden sich nach Angaben der kubanischen Menschenrechtsorganisation Cubalex weiterhin in Haft. Castillo Pérez, einer der Autoren des regierungskritischen Liedes "Vaterland und Leben" ("Patria y Vida"), das als populäre Protesthymne übernommen wurde, wurde am 18. Mai 2021 von Beamten der Staatssicherheit festgenommen.

***Maykel Castillo Pérez und Luis Manuel Otero Alcántara werden strafrechtlich verfolgt, weil sie von ihrem Menschenrecht Gebrauch gemacht haben, ihre eigene Regierung zu kritisieren***

Tamara Taraciuk Broner, stellvertretende Direktorin für Nord- und Südamerika bei Human Rights Watch

Castillo Pérez, der bereits mehrfach kurzzeitig willkürlich inhaftiert wurde, wurde in seinem Haus festgenommen. Seine Familie wusste bis zum 31. Mai nicht, wo er sich befand, bis die kubanischen Behörden sie darüber informierten, dass er im Gefängnis von Pinar del Río festgehalten wurde, wo er weiterhin inhaftiert ist. Die Familie wurde erst benachrichtigt, nachdem der UN-Ausschuss für das Verschwindenlassen die kubanische Regierung aufgefordert hatte, den Ort der Inhaftierung von Castillo Pérez bekannt zu geben.

Im Januar 2022 kam die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen zu dem Schluss, dass Castillo Pérez willkürlich inhaftiert worden war, und forderte die kubanische Regierung auf, ihn unverzüglich freizulassen. Die UN-Sachverständigen stellten fest, dass Castillo Pérez inhaftiert worden war, weil er seine Grundrechte wahrgenommen hatte, und dass sein Recht, sich zu verteidigen, missbräuchlich eingeschränkt worden war. Die Experten fanden glaubwürdige Beweise dafür, dass Castillo Pérez vor seiner letzten Inhaftierung mehr als 120 Mal wegen der Teilnahme an Protesten und Kritik an der kubanischen Regierung verhaftet worden war.

Im Februar beantragte ein Staatsanwalt in Havanna die **Verurteilung von Castillo Pérez zu 10 Jahren** Gefängnis wegen "öffentlicher Unruhen", "Verleumdung von nationalen Institutionen, Organisationen, Helden und Märtyrern der Nation", "Verachtung" und "Körpverletzung". Aus einem von Human Rights Watch und Amnesty International eingesehenen Gerichtsdokument geht hervor, dass einige Anklagen im Zusammenhang mit Memes stehen, die Castillo Pérez auf Facebook veröffentlichte und in denen er Präsident Díaz-Canel und andere kubanische Behörden kritisierte. Andere Anklagen stehen im Zusammenhang mit einer friedlichen Demonstration am 4. April 2021 in Havanna, bei der ein Polizeibeamter versuchte, Castillo Pérez festzunehmen, und eine Gruppe von Anwohnern ihn verteidigte und die Festnahme verhinderte.

Otero Alcántara, den Amnesty International wegen seiner mehrfachen willkürlichen Verhaftungen bereits mehrfach als politischen Gefangenen bezeichnet hat, wird im Hochsicherheitsgefängnis Guanajay in der Provinz Artemisa festgehalten.

Aus demselben Gerichtsdokument geht hervor, dass die Staatsanwaltschaft **eine Gesamtstrafe von sieben Jahren für Otero Alcántara beantragt**. Er wird wegen "Beleidigung nationaler Symbole" angeklagt, weil er die kubanische Flagge in der Performance "Drapeau" verwendet hat, in der er die kubanische Flagge entweder trug oder einen Monat lang 24 Stunden am Tag mit sich herumtrug.

Die Staatsanwaltschaft wirft ihm außerdem "öffentliche Unruhe" und "Verachtung" vor, weil er sich mit Castillo Pérez und anderen Personen während der Proteste am 4. April versammelt, öffentlich "Mutterland und Leben" gespielt und "beleidigende Worte" gegen den ehemaligen Präsidenten Raúl Castro gesagt habe.

**Die Regierungen Amerikas und Europas sollten den Prozess gegen diese Gefangenen aus Gewissensgründen in Kuba, die keinen einzigen Tag im Gefängnis hätten verbringen dürfen, aufmerksam verfolgen.**

Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International

Human Rights Watch und Amnesty International haben erfahren, dass die kubanischen Behörden wiederholt angeboten haben, **Castillo Pérez und Otero Alcántara freizulassen, wenn sie im Gegenzug das Land auf unbestimmte Zeit verlassen** - eine historische Praxis der kubanischen Regierung, die in den letzten Monaten auch auf andere Kritiker angewandt wurde, was einen Verstoß gegen das Recht auf Einreise ins eigene Land darstellt. Otero Alcántara hat dieses Angebot öffentlich abgelehnt. Die kubanischen Behörden sind offenbar von ihrem Angebot an Castillo Pérez abgerückt.

Niemand sollte gezwungen werden, zwischen der Ausreise aus seinem eigenen Land oder einer missbräuchlichen strafrechtlichen Anklage zu wählen, für die er gar nicht erst verfolgt oder inhaftiert werden sollte, so Human Rights Watch und Amnesty International.

Die strafrechtliche Verfolgung von Otero Alcántara und Castillo Pérez ist Teil eines viel umfassenderen Musters systematischer Übergriffe gegen kubanische Künstler und andere Regierungskritiker und Demonstranten. In den letzten Jahren haben die kubanischen Behörden Dutzende von kubanischen Künstlern inhaftiert, strafrechtlich verfolgt und ins Exil gezwungen, darunter auch Mitglieder der "San-Isidro-Bewegung" und von "27N", wo sich regierungskritische Künstler, Intellektuelle und Journalisten versammeln.

Die kubanischen Behörden haben auch willkürliche Inhaftierungen und Misshandlungen von Gefangenen vorgenommen und als Reaktion auf die überwiegend friedlichen Proteste gegen die Regierung im Juli 2021 unfaire Massenprozesse, **meist hinter verschlossenen Türen**, abgehalten. Dutzende von Demonstranten wurden in Prozessen, in denen die Staatsanwälte ihnen häufig vage definierte Straftaten wie "öffentliche Unruhe" und "Aufruhr" vorwarfen, zu **Haftstrafen von bis zu 30 Jahren** verurteilt.

Die kubanischen Behörden sollten die Anklagen gegen alle Demonstranten und Kritiker fallen lassen, um sie zum Schweigen zu bringen, so Human Rights Watch und Amnesty International. Soweit die Prozesse fortgesetzt werden, sollten die Behörden Journalisten, Menschenrechtsbeobachtern und Mitarbeitern ausländischer Botschaften in Kuba erlauben, bei den Prozessen anwesend zu sein, auch bei dem gegen Otero Alcántara und Castill, so die Organisationen.

Weitere Berichte von Human Rights Watch über Kuba finden Sie unter:  
<https://www.hrw.org/americas/cuba>

Weitere Berichte von Amnesty International über Kuba finden Sie unter:  
<https://www.amnesty.org/en/location/americas/central-america-and-the-caribbean/cuba/>